

Niederschrift

über die 3. öffentliche Sitzung
des Gemeinderates

am Donnerstag, dem **22.03.2012**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 vom 15.12.2012**
4. **Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzeptes
Vorlage: 052/2012**
5. **Erlass eines Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012
Vorlagen: 053/2012 und 053/2012/1**
6. **Erlass einer 1. Satzung zur Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung
Vorlage: 035/2012/3**
7. **Aufhebung der Richtlinie über die Förderung gestalterischer Maßnahmen im Ortsbereich Sande im Rahmen der Dorferneuerung
Vorlage: 049/2012**
8. **Aufstellung einer 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 37 - Windpark Sande -
Vorlage: 041/2012**
9. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz

Ratsfrau Christel Bohlen

Ratsfrau Ruth Bohlke

Ratsfrau Isabel Bruns

Ratsherr Frank David

Ratsfrau Petra Ducci

ab 17.05 Uhr (TOP 4)

Ratsherr Stephan Eiklenborg

Ratsherr Folkert Feeken

Ratsherr Christian Fiedler

Ratsfrau Angela Hoffbauer

Ratsherr Hermann Kleemann

Ratsherr Oliver Kohls

Beigeordneter Matthias Lührs

Ratsherr Reinhard Oncken

Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier

Ratsfrau Annika Ramke

1. stellvertretender Bürgermeister Michael
Ramke

Ratsherr Achim Rutz

Beigeordneter Andreas Schindler

Beigeordnete Ulrike Schlieper

Beigeordneter Alexander von Fintel

Bürgermeister Josef Wesselmann

2. stellvertretende Bürgermeisterin Moni-

ka Willenbücher-Orths

Ratsherr Uwe Wispeler

Verwaltung

Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann

Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke

Gemeindeamtfrau Nadine Stamer

als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ratsvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ihrem Vorschlag, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten, wurde einstimmig gefolgt.

Anschließend wurde die Tagesordnung festgestellt.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 vom 15.12.2012**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzeptes**
Vorlage: 052/2012

Bürgermeister Wesselmann gab zunächst einen Rückblick auf die Ereignisse zu Beginn des Jahres, die zu der derzeitigen schlechten Haushaltssituation geführt haben und untermauerte seine Auffassung, dass die Verwaltung nicht in der Lage war die Gewerbesteuerückzahlung vorherzusehen, mit einem Exkurs ins Steuerrecht. Daran anschließend wurde auf die Inhalte der Haushaltssatzung und die wichtigsten Aufgaben der Verwaltung in den kommenden Jahren eingegangen, wie z.B. die Bahnumfahrung Sande, die Beseitigung des höhengleichen Bahnüberganges an der Deichstraße, die Dorferneuerung, die Städtebauförderung Neustadtgödens, der Ausbau des Kindergartens Cäcilienroden, der Umbau des Feuerwehrgerätehauses und die Sanierung der Kläranlage. Vor dem Hintergrund der damit verbundenen Ausgaben mahnte der Bürgermeister die Erforderlichkeit von weiteren Einsparungen und das Abrücken von festen Gewohnheiten bei der Mittelverteilung an. Bezüglich des häufig angesprochenen hohen Schuldenstandes verwies Bürgermeister Wesselmann auf die getätigten Investitionen, für die zwar Kredite aufgenommen werden mussten, die aber auch zur Steigerung der Lebensqualität in Sande beigetragen haben. Als Abschluss der Haushaltsrede erging ein Appell an die Ratsmitglieder, in den künftigen Sitzungen konstruktiv an Lösungen zur Verbesserung der Haushaltssituation mitzuarbeiten und in einem ersten Schritt das vorliegende Haushaltssicherungskonzept sowie die Haushaltssatzung zu verabschieden.

Die SPD-Fraktion ging in ihrer sich anschließenden Haushaltsrede auf die Unausgeglichenheit des Ergebnishaushalts, den zu erwartenden Fehlbedarf und dessen Auswirkungen auf die Höhe der Kassenkredite ein. Trotz der schwierigen Haushaltssituation muss die Gemeinde nach Ansicht der Fraktion nach vorne schauen und Lösungen aus der Misere finden, um Projekte entweder weiterführen oder aber anschieben zu können. Die Finanzierung dieser Investitionen mittels Krediten und der damit einhergehenden

höheren Verschuldung wurde aufgrund des bestehenden Gegenwertes als weniger problematisch gesehen, als der Umstand, dass das laufende Tagesgeschäft nur durch Kassenkredite gedeckt werden kann, die es, z.B. durch den Verkauf von Eigentum, in einem überschaubaren Zeitraum stetig abzubauen gilt. Darüber hinaus sollte eine Verbesserung der Finanzsituation durch Ausschöpfung von Einsparpotentialen insbesondere im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit z.B. durch die Schaffung eines gemeinsamen Gerätepools mehrerer kommunaler Bauhöfe, erreicht werden können. Daneben werden Einsparmöglichkeiten durch die mittelfristige Verschlinkung der Verwaltung sowie im Bereich der freiwilligen Leistungen gesehen. Abschließend wurde Zustimmung zum vorliegenden Zahlenwerk signalisiert, das die Fraktion als sinnvollen Kompromiss ansieht.

Bezugnehmend auf die Ausführungen des Bürgermeisters sah die CDU-Fraktion die Gewerbesteuerausfälle nicht als Ursache der derzeitigen Finanzmisere, vielmehr haben diese das Fass zum Überlaufen gebracht. Zum vorliegenden Haushaltssicherungskonzept wurde Zustimmung signalisiert, wobei die Abschätzung von Folgen der Sparmaßnahmen vermisst wurde.

Der Haushaltsplanentwurf wurde dabei kritischer gesehen, insbesondere im Hinblick auf die zu erwartende Verdopplung der Verschuldung, ohne dass hierbei Kostensteigerungen und unvorhergesehene Ausgaben Berücksichtigung gefunden haben. Moniert wurde die fehlende Prioritätensetzung, da aus Sicht der Fraktion die Vielfältigkeit der gemeindlichen Leistungen ursächlich zur desolaten Haushaltlage geführt hat. Um Entscheidungen bei der Streichung freiwilliger Leistungen treffen zu können, ist es erforderlich, dass sich die Gemeinde dahingehend positioniert, ob sie künftig als Tourismusmetropole oder Industriestandort agieren möchte. Hierfür ist zwingend die Aufstellung eines Leitbildes erforderlich, um einerseits Ausgaben zu priorisieren und andererseits ein Ziel zu definieren. Unverständnis wurde über die Ablehnung der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung im Kindergartenbereich geäußert, die im schlimmsten Fall dazu führen kann, dass die Gemeinde ihr Angebot wegen fehlender Mittel auf die Mindestbetreuungszeit von 4 Stunden täglich reduzieren muss. Da die Gemeinde Sande mit dem vorliegenden Haushalt nach Auffassung der Fraktion nicht auf einen zukunftssicheren Kurs ausgerichtet wurde und aufgrund dessen auf die Handlungsunfähigkeit zusteuert, lehnte die CDU-Fraktion den Haushalt ab.

Seitens der Gruppe Grüne/FDP wurde ausgeführt, dass der diesjährige Haushalt zwar deutlich unter dem Eindruck des Gewerbesteuer einbruchs steht, aber dieser Einmaleffekt nicht allein ursächlich für die Haushaltslage ist, da die Ursache vielmehr darin liegt, dass in der Vergangenheit mehr Geld ausgegeben als eingenommen wurde. Im Folgenden wurde auf die Eckdaten des Haushalts eingegangen und moniert, dass im investiven Bereich lediglich 219.000 € eingespart wurden und noch dazu die ursprünglich vorgesehenen 100.000 € für energetische Sanierungen, die wichtig für die Umwelt sind und langfristig zur Entlastung des Haushalts beitragen

könnten, einen Großteil dieser Summe ausmachen. Die Streichung des Parkplatzneubaus hinter dem Rathaus sowie die Einrichtung von Warmwasserduschen am Sander See wurde ebenso wenig als Beitrag zur Haushaltssanierung gesehen, weil die Maßnahmen bislang nicht haushaltstechnisch eingeplant waren, wie die ausgesetzte Dachsanierung an der Grundschule Cäcilienroden, da die Maßnahme mittelfristig umgesetzt werden muss. Aus Sicht der Gruppe muss der Haushaltsplan vor dem Hintergrund der zu erwartenden Verschuldung grundlegend überarbeitet und auf die noch zu setzenden längerfristigen Ziele der Gemeinde ausgerichtet werden. Da im vorliegenden Entwurf lediglich noch eine fünfstellige Summe hätte gestrichen werden können bei einem Gesamtvolumen von 12 Millionen Euro und die Konsequenzen einer haushaltslosen Zeit schwerwiegender sind, als der Unmut über die Ausnutzung fehlender Einsparmöglichkeiten, signalisierte die Gruppe ihre Zustimmung zum Haushalt. Gleichzeitig wurde auf den Antrag auf Einrichtung eines Arbeitskreises Zukunft verwiesen, mit dem das Ziel verfolgt werden soll, durch die Anpassung der nächsten Haushalte zu erreichen, dass die Gemeinde ab dem Jahr 2015 keine neuen Kredite zur Finanzierung von investiven Maßnahmen aufnehmen muss, mit Ausnahme für die Bahnnumfahung Sande. Sofern dieses Ziel nicht angegangen wird, besteht aus Sicht der Gruppe die Gefahr, dass die Gemeinde die Haushaltsautonomie und gar ihre Selbständigkeit verliert.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 110 Abs. 6 NKomVG das dem Originalprotokoll als Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2012 in der Form, wie es sich aus der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltsatzung 2012 ergibt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Erlass eines Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 **Vorlagen: 053/2012 und 053/2012/1**

Beschluss:

Dem Haushaltsplanentwurf 2012 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der bisher beratenen Änderungen zugestimmt. Gemäß § 112 (1) NKomVG beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2012 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

6. **Erlass einer 1. Satzung zur Änderung der Aufwandsentschädigungs-satzung**
Vorlage: 035/2012/3

Die CDU-Fraktion begrüßte die Reduzierung der monatlichen Aufwandsentschädigung, bedauerte jedoch, dass der Vorschlag der Gruppe Grüne/FDP, nämlich die stellvertretenden Bürgermeister nach Aufwand zu entschädigen, nicht umgesetzt wird, da damit auf Grundlage der vorliegenden Zahlen eine Einsparung hätte erzielt werden können.

Seitens der SPD-Fraktion wurde bezugnehmend auf den Vorschlag der Gruppe ausgeführt, dass unter Berücksichtigung aller durch die stellvertretenden Bürgermeister wahrzunehmenden Termine aufgrund der Vielzahl keine Einsparung erzielt werden könnte.

Die Gruppe Grüne/FDP erklärte, dass Sie aufgrund eines Gespräches mit dem 1. stellvertretenden Bürgermeister neue Erkenntnisse gewonnen hat und nunmehr trotz der Ablehnung ihres Vorschlages der vorliegenden Satzung zustimmen wird.

Aufgrund der getätigten Ausführungen zu den einzelnen wahrzunehmenden Terminen vertrat die CDU-Fraktion die Auffassung, dass stellvertretende Bürgermeister immer nur dann einen Termin offiziell wahrnehmen, wenn eine Einladung an den Bürgermeister ergangen ist und dieser an dem Termin verhindert ist.

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 5 i.V.m. § 44 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz die vorliegende 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen, Fahrtkosten, Verdienstaufschlag und Sitzungsgeldern an die Ratsfrauen und Ratsherren der Gemeinde Sande und die nicht dem Gemeinderat angehörenden Ausschussmitgliedern vom 15.12.2011.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

7. **Aufhebung der Richtlinie über die Förderung gestalterischer Maßnahmen im Ortsbereich Sande im Rahmen der Dorferneuerung**
Vorlage: 049/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung der Richtlinie über die Förderung gestalterischer Maßnahmen im Ortsbereich Sande im Rahmen der Dorferneuerung vom 22.10.2009.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Aufstellung einer 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 37 - Windpark Sande - Vorlage: 041/2012**

Bürgermeister Wesselmann berichtete, dass der Betreiber des Windparks, Graf von Wedel, einem möglichen Bürgerwindpark durchaus offen gegenübersteht. Zu gegebener Zeit sollen hierüber weitere Gespräche geführt werden.

Beschluss:

Aufgrund des § 2 (1) BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), i. V. m. § 58 (1) Nr. 5 NKomVG in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) beschließt der Rat die Aufstellung einer 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 – Windenergieanlagen-Park nördlich Ems-Jade-Kanal –.

Der Änderungsbereich umfasst einen ca. 38,2 ha großen Teilbereich des vorhandenen Bebauungsplans westlich der Richtfunkstrecke.

Mit der Änderung wird eine Reduzierung von 6 Windenergieanlagen mit 750 kW Einzelleistung auf fünf Anlagen mit mindestens 2,3 MW/Anlage vorgenommen und gleichzeitig die Höhenbegrenzung auf 75 Meter herausgenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- a) Ein Ratsmitglied zeigte sich unzufrieden mit der Aussage eines anderen Ratsmitgliedes, dass der Feuerwehrhausneubau geschoben werden kann und wies dabei auf den schlechten Zustand des Feuerwehrhauses der Sander Ortswehr hin.
- b) Aufgrund der aktuellen Mitteilung, dass auch der zweite Schlecker-Markt in Sande schließen wird, zeigte sich die SPD-Fraktion enttäuscht über die Vorgehensweise des Unternehmens hinsichtlich des Umgangs mit den eigenen Mitarbeitern, aber auch hinsichtlich der Entscheidung, beide Märkte aus der Gemeinde abzuziehen, in der nunmehr nach der Schließung von Ihr Platz kein Drogeriemarkt mehr vertreten ist.

Die Gruppe Grüne/FDP schloss sich den Ausführungen der SPD-Fraktion an und schlug vor, gemeinsam mit dem Wirtschaftsförderverein eine Resolution zu verabschieden.

Neben dem Umstand, dass in Sande kein Drogeriemarkt mehr vorhanden ist, empfand es die CDU-Fraktion ebenso bedauerlich, dass

durch die Schließungen weitere Leerstände entstehen. Hier gilt es nach Ansicht der Fraktion die Kräfte zu bündeln um eine Lösung herbeizuführen.

- c) Ein Ratsmitglied hinterfragte die Notwendigkeit, das Jahresergebnis der Sozialstation im nichtöffentlichen Teil zu beraten, wenn die Zahlen bereits der Presse bekannt gegeben wurden. Hierzu führte der Bürgermeister aus, dass die in der Presse veröffentlichte Zahl nicht durch die Verwaltung oder durch ihn herausgegeben wurde. Unabhängig davon ist das Ergebnis nichtöffentlich zu beraten, da darin Informationen enthalten sind, die andere Mitbewerber für sich verwenden könnten.

Nach kurzer Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.

Schluss der Sitzung: 18:00 Uhr